



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 25. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 31.01.2017,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 20:14



**Anwesenheitsliste**

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

ab 18.18 Uhr TOP 5 ö.S.

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Aydin Tas

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer

LKR

Georg Schmalz

FDP

Jochen Silbernagel



Vorsitzender

Thomas Hirsch

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Michael Niedermeier	(Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Sandra Diehl	(Leiterin Pressestelle)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Bernhard Löffel

SPD

Hans Peter Thiel



FWG

Michael Dürphold

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Präsidenten der Universität Koblenz-Landau, Herr Prof. Dr. Roman Heiligenthal
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Beitritt der Stadt Landau in das Netzwerk der Festungsstädte der Großregion  
Vorlage: 101/349/2017
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Wohnen im Alter  
Vorlage: 101/350/2017
5. Einzelhandelssituation in Landau in der Pfalz
- 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Bericht über gewerbliche Leerstände in der Innenstadt  
Vorlage: 101/351/2017
- 5.2. Bericht der Verwaltung
- 5.3. Vorgehen gegen die Baugenehmigung für das Fachmarktzentrum Rohrbach  
Vorlage: 610/446/2017
6. Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen; Ablehnung einer Eigentumsübertragung städtischer Grundstücke an den Bund  
Vorlage: 101/352/2017
- 6.1. Eigentumsübertragung städtischer Grundstücke an den Bund für den vierspurigen Ausbau der B 10 auf dem Teilstück „Anschlussstelle Landau Nord“ (A 65) – Godramstein  
Vorlage: 100/218/2017
- 6.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Einladung eines Berichterstatters des LBM in die nächste Sitzung des Bauausschusses zum geplanten Ausbau der B 10  
Vorlage: 101/354/2017
7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Sachstandsbericht Obdachlosigkeit in Landau - Notunterkünfte und Hilfe für Betroffene  
Vorlage: 101/353/2017
8. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: 060/039/2016
9. Bericht der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung
- 9.1. Leitlinie zur Sicherheit in der Informationstechnik (IT-Sicherheit) bei der Stadt Landau in der Pfalz



Vorlage: 090/003/2017

10. Neuwahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses  
Vorlage: 100/217/2017
11. Kostenbeteiligung der Verbandsgemeinde Offenbach bei der Erweiterung der Grundschule Dammheim  
Vorlage: 400/063/2016
12. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd"; Stand der Grundstücksvermarktung und weitere Vermarktungsstrategie für den "Wohnpark Am Ebenberg" unter Berücksichtigung von gefördertem sozialem Wohnungsbau bei den künftigen Vermarktungstranchen  
Vorlage: 600/089/2017
13. Bestätigung einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Herr Dumröse sprach die Benennung der Straße „Am alten Güterbahnhof“ an. Die Argumentation, mit Datumsnamen könnten die Menschen nichts anfangen, sei nicht nachvollziehbar. Vielmehr würde ein Name „Straße des 22. Oktober“ die Menschen zum Nachdenken anregen. Er sei der Meinung, dass diese Frage der Straßenbenennung eine Sache für Bürgerbeteiligung wäre. Letztlich hätte dann der Stadtrat dies entscheiden sollen. Er fordere, hierüber neu zu nachzudenken und es wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Stadtrat dem Hauptausschuss das Thema Straßenbenennungen zur Entscheidung übertragen habe. Dieser habe die Entscheidung getroffen, er nehme die Anregung aber zur Kenntnis.

Frau Schönleber verlas einen offenen Brief, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Sie habe bereits im letzten Jahr den Ortsvorsteher von Dammheim darauf hingewiesen, dass das Gebüsch entlang der Alten Bahnhofstraße gnadenlos heraus gerissen worden sei. Nun sei auch das Gebüsch an der Turnhalle genauso rigoros herausgerissen worden. Sie fühle sich in ihrer Lebensplanung deutlich eingeschränkt und fordere die Neupflanzung wo immer dies möglich sei.

Der Vorsitzende bat darum, den Brief einzureichen. Er werde dies dann noch mal prüfen lassen und entsprechend antworten.

Herr Werner Müller wollte wissen, ob die Stadt darüber informiert sei, dass der Betreiber des Geothermiekraftwerkes dort ein radioaktives Zwischenlager errichtet habe. Die SGD habe dies der Bürgerinitiative so bestätigt.

Der Vorsitzende erklärte, dass bekannt sei, dass die Filter radioaktives Wasser durchfiltern. Diese Abfälle würden kurzfristig zwischengelagert, dies sei der Kenntnisstand der Stadt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Bericht des Präsidenten der Universität Koblenz-Landau, Herr Prof. Dr. Roman Heiligenthal

Der Vorsitzende begrüßte den Präsidenten der Universität Koblenz-Landau, Herrn Prof. Dr. Heiligenthal. Er freue sich, dass auch der Vizepräsident der Universität, Herr Prof. Schulz an der Sitzung teilnehme. Hintergrund sei der Antrag der CDU-Fraktion in der letzten Sitzung des Stadtrates, aus erster Hand zu erfahren, wie die Universität die aktuelle Situation beurteile. Man habe erkannt, wie wichtig die Universität für die Stadt geworden sei. Dies zeige sich auch an der Entscheidung zu Beginn der Wahlperiode, Frau Sophia Maroc, zur Universitätsbeauftragten zu wählen als Bindeglied zwischen Stadt und Universität. Erfreulich sei, dass der Campus Süd gute Chancen habe, realisiert zu werden.

Prof. Heiligenthal bedankte sich für die Möglichkeit, vor dem Stadtrat reden zu können. Dies zeige, wie eng die Verbundenheit der Stadt mit der Universität sei.

Die Universität Koblenz-Landau sei im Vergleich mit den anderen Universitäten des Landes nicht gut ausgestattet. Dies habe historische Gründe. Nun sei es ein zäher und mühsamer Nachholprozess, um auf den regulären Stand einer Universität zu kommen. Vor diesem Hintergrund sei die Situation der Universität skurril. Man habe eine schlechte Grundausstattung, aber unendlich viel Geld. Das Geld komme aus dem sogenannten Hochschulpakt, einem gemeinsamen Finanzierungssystem von Bund und Ländern. Dabei gehe es aber rein um Quantität, nicht nach Qualität. Man bekomme jährlich 12.000 Euro pro Studierenden mehr zusätzlich zur Grundfinanzierung. Bedingt durch die steigenden Studierendenzahlen habe man somit sehr hohe Überschüsse. Diese verwende man für Infrastrukturmaßnahmen. So werde man beim neuen Laborgebäude spezifische neue Laboreinbauten machen, auf dem Campus werde man ein neues Gewächshaus bauen und das C-Gebäude zweistöckig machen. Vor allem aber wolle man den Campus Süd ausbauen, so dass die Universität künftig zwei große Standorte in der Stadt haben werde. Behalten als Standorte werde man in der Stadt die Rote Kaserne und das Frank-Loebsche-Haus. Das Frank-Loebsche-Haus sei für die Universität ein absolutes Aushängeschild. Man werde zudem in diesem Jahr 50 neue Stellen schaffen, allerdings seien dies ausschließlich bis 2020 befristete Stellen. Der entscheidende Moment sei das Auslaufen des Hochschulpaktes im Jahr 2020. In Landau habe man jetzt 8.300 Studierende, dies sei die absolute Obergrenze. Dies sei eine große Herausforderung, weil man mit der Schaffung von Wohnraum für Studierende nicht nachkomme. Landau sei insofern in der Realität deutscher Universitätsstädte angekommen. In den letzten 3 Jahren habe man die Zahl der ausländischen Studierenden vervierfachen können. Dies tue der Universität und auch der Stadt gut, denn Landau werde bunter. Auch im Bereich der Forschung komme man gut voran. Die Summe der eingeworbenen Drittmittel habe man innerhalb von 3 Jahren von 12 Millionen auf 34 Millionen Euro gesteigert. Dies zeige, dass man mittlerweile auch eine renommierte Forschungsuniversität sei.

Er sei sehr froh darüber, wie positiv und konstruktiv das Verhältnis zwischen der Stadt und der Universität sei. Dankbar sei er dafür, dass die Stadt die neue Funktion einer Beauftragten für die Belange der Universität geschaffen und mit Frau Maroc hervorragend besetzt habe. Sehr am Herzen liege der Universität im Moment das Thema Wissenstransfer. Man plane in Landau ein Internationales Innovationszentrum zu errichten.

Natürlich habe man Probleme, aber daran arbeite man. Die Organisation der Vorlesungen habe man sehr viel besser hinbekommen. Durch den Ausbau des Campus Süd werde auch die Raumnot ein Stück weit abnehmen. Insgesamt habe man mit Landau eine hochattraktive Stadt für die Universität. Dies sei ein Pfund, mit dem man wuchern könne. Gemeinsam sei man hier auf einem guten Weg.

Ratsmitglied Lerch dankte Herrn Prof. Heiligenthal für den sehr informativen Bericht zur Situation der Universität. Er frage sich, ob man an der Universität nach den Baumaßnahmen auf einem guten Level sei oder ob man noch weiteren Nachholbedarf habe. Er nenne hier die Stichworte Bibliothek und Personalausstattung. Gebe es Hinweise, wo man als Stadt Landau oder als Stadtrat der Universität behilflich sein könne.



Ratsmitglied Maier hatte Verständnis dafür, dass die Universität Planungssicherheit benötige. Er habe das Gefühl, dass die Situation in Koblenz nicht ganz so angespannt sei wie in Landau. Daher die Frage, ob die beiden Standorte miteinander vergleichbar seien.

Ratsmitglied Maroc erklärte, dass die Entwicklung der Universität rasant sei. Es sei wichtig, eine gute und freundschaftliche Beziehung zwischen Stadt und Universität zu haben. Man sei hier aber auf einem guten Weg.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass die Entwicklung von der PH über die EWH zur Universität nicht schlecht gewesen sei. Die Frage sei, ob die Stellenmehrung von 50 Stellen nicht nur ein Strohfeuer sei.

Ratsmitglied Wagner war erfreut über die signifikante Steigerung bei den Drittmitteln. Er habe die Frage, wann man stellentechnisch eine Universität sei.

Prof. Heiligenthal unterstrich, dass es Nachholbedarf vor allem bei festen Stellen gebe. Nur mit dem Hochschulpakt könne man die Situation für 6 Jahre etwas abmildern. Wenn im Jahre 2020 beim Auslaufen des Hochschulpaktes nichts passiere, dann breche der Laden zusammen. Fakt sei, dass die Universität Koblenz-Landau bei der Grundfinanzierung deutlich unterfinanziert sei. Die Situation in Koblenz sei ähnlich der in Landau. Er warne nachdrücklich davor, immer wieder die Diskussion um die Trennung der beiden Standorte zu führen. Bei einer solchen Trennung gebe es nur Verlierer. Die Grundfinanzierung betrage 40 Millionen Euro, aus dem Hochschulpakt gebe es nochmal 25 Millionen im Jahr. Damit reiche es derzeit. Was den Wohnraum betreffe, sei hierfür das Studentenwerk zuständig. Dieses habe das Problem, dass das Geld dort nicht ausreiche.

Ratsmitglied Hartmann wollte wissen, wie man die Frage der Stellenautonomie an Universitäten bewerte.

Prof. Heiligenthal unterstrich, dass eine Stellenautonomie natürlich förderlich wäre. Dies sei im Übrigen auch die Haltung aller Universitätspräsidenten in Rheinland-Pfalz.

Ratsmitglied Lerch betonte die Bereitschaft des Stadtrates, die Universität zu unterstützen. Die Frage sei, was der Stadtrat tun könne, um zu helfen.

Prof. Heiligenthal erklärte, dass im Moment alles ausgeschöpft sei. Auch durch die Rheinpfalz-Serie habe man erreicht, dass man im Fokus stehe.

Ratsmitglied Dr. Bals sprach nochmal den im Jahr 2020 auslaufenden Hochschulpakt an. Gebe es schon Planungen und Vorarbeiten im Ministerium wie es 2020 weitergehen solle?

Prof. Heiligenthal war der Auffassung, dass das Bewusstsein im Ministerium durchaus vorhanden sei. Der Minister habe angekündigt, dass er schon Anfang 2017 eine Arbeitsgruppe berufen werde.

Ratsmitglied Dr. Blinn unterstrich, dass eine dauerhafte Bundesfinanzierung unerlässlich sein werde. Ein Lob wolle er aussprechen für die Wissenschaftsoffensive der Universität. Es sei hervorragend was sich hier tue.

Ratsmitglied Wagner betonte, dass er kein Freund des Hochschulpaktes sei und ihn am liebsten auch nicht verlängern wolle. Er sei überzeugt, dass eine solide Grundausrüstung sinnvoller wäre. Dies würde allen mehr helfen, als dieser Hochschulpakt der immer nur auf 6 Jahre befristet sei.

Prof. Heiligenthal bestätigte, dass dies natürlich der bessere Weg sei. Der Hochschulpakt setze ausschließlich auf Quantität und nicht auf Qualität. Man schaue nicht, ob jemand studiengerecht sei sondern nehme jeden, weil man das Geld brauche.





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Beitritt der Stadt Landau in das Netzwerk der Festungsstädte der Großregion**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 23. Dezember 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schmitt begründete den Antrag. Mit dem Antrag gehe es um die Bewahrung des historischen Erbes der Stadt. Ziel des Netzwerkes der Festungsstädte der Großregion sei es, dieses gemeinsame Erbe zu nutzen. Die Stadt Landau wäre im Kreis der Festungsstädte sehr willkommen. Der Antrag sei auch im Sinne unseres Festungsbauvereins. Man müsse natürlich auch sagen, dass dies nicht kostenneutral zu bekommen sei. Es werde im Jahr ein Beitrag von ca. 4.000 Euro fällig werden. Der Festungsbauverein wäre in der Anfangsphase bereit, ein Stück Mitfinanzierung zu übernehmen.

Der Vorsitzende lud zur Veranstaltung am 1. Februar im Alten Kaufhaus ein, bei der die Generaldirektion Kulturelles Erbe zur Zukunft der Festung informieren werde. Im Übrigen schlage er vor, den Antrag in die Haushaltsberatungen 2018 zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, dem Netzwerk der Festungsstädte der Großregion beizutreten, wird in die Haushaltsberatungen 2018 verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Wohnen im Alter**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10. Januar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schwarzmüller begründete den Antrag. Das Thema Wohnen im Alter werde die meisten früher oder später betreffen. Deshalb müsse man sich rechtzeitig hierzu Gedanken machen und prüfen, welche Fördermöglichkeiten hier zur Verfügung stünden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man sich mit Wohnen im Alter und mit den Situationen in den Stadtteilen bereits im Sozialausschuss intensiv befasst habe. Gerade dieses Thema sei ein zentrales Thema. Am 16. Februar 2017 werde es eine Informationsveranstaltung genau zu diesem Thema geben. Die Ergebnisse aus dieser Veranstaltung werde man protokollieren. Vor dem Hintergrund dieser Veranstaltung müsse man diesen Antrag nicht abstimmen.

Ratsmitglied Baum-Baur fand es gut, dass man sich gemeinsam hier auf den Weg mache.

**Der Stadtrat nahm den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnis. Eine Abstimmung erfolgte nicht.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Einzelhandelssituation in Landau in der Pfalz**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5.1. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Bericht über gewerbliche Leerstände in der Innenstadt**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13. Januar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Landau sei einerseits eine blühende Stadt, andererseits gebe es aber auch negative Entwicklungen mit Leerständen. Hinzu kämen immer mehr Dönerläden, 1 €-Shops und Handygeschäfte. Daher sei es ihr ein wichtiges Anliegen, diesen Bericht zu erhalten.

Der Vorsitzende erklärte, dass er den Leiter der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung, Herrn Messemer, gebeten habe, diesen Bericht bereits heute abzugeben.

**Der Stadtrat nahm den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnis.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5.2. (öffentlich)

### Bericht der Verwaltung

Herr Messemer gab einen Bericht zur Leerstandssituation in der Innenstadt. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion sei eine ganz berechnete Anfrage. Man habe derzeit wahrnehmbare Leerstände. In Landau gebe es 450 Einzelhandelsbetriebe mit 150.000 qm Verkaufsfläche. Davon seien 300 Geschäfte mit rund 50.000 qm Verkaufsfläche in der Innenstadt, dies sei etwa ein Drittel der Verkaufsfläche. Landau habe eine überdurchschnittliche Zentralitätskennziffer, dies bedeute, man habe einen Kaufkraftzufluss und eine zentrale Funktion. Landau habe kein echtes Problem mit Leerständen, aber man mache jedes halbe Jahr eine Bestandsaufnahme in der Stadt. Bei der letzten Erhebung im August seien es 17 Leerstände gewesen, bereinigt auf Sanierung und Mieterwechsel seien es tatsächlich 9 Leerstände gewesen. Dies entspreche einer Quote von 2 %. Diesen Topwert habe man, weil man aktiv gesteuert habe. Ein Beispiel hierfür sei der Ausbau der Fußgängerzone, zuletzt mit der Modernisierung der Badstraße. Man spreche mit Eigentümern von Gewerbeimmobilien und sensibilisiere sie für Nachfolgenutzungen. Weiter habe man den Markenbildungsprozess mit „Stadt als Marke“ vorangetrieben. Man habe das Programm Aktive Stadtzentren aufgelegt mit umfangreichen Projekten. Das Einzelhandelskonzept werde man in diesem Jahr fortschreiben. Aber natürlich gebe es auch Probleme. Das sei zum einen der Onlinehandel, der in den nächsten Jahren bis 2020 auf 20 % steigen werde. Dann habe man ein ständiges Flächenwachstum im Einzelhandel. Und dann gebe es den Trend zu Ansiedlungen an nicht integrierten Standorten. Dies gefährde die Innenstädte mit ihrer Zentralitätsfunktion. Mit diesen Problemen habe man hier in Landau auch zu kämpfen. Die Wirtschaftsförderung werde in den nächsten 4 bis 6 Wochen eine aktuelle Bestandsaufnahme zur Innenstadt machen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5.3. (öffentlich)

### Vorgehen gegen die Baugenehmigung für das Fachmarktzentrum Rohrbach

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Handel ohne Innenstadt funktioniert, Innenstadt ohne Handel aber nicht. Landau sei ein Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums. Es gehe ständig um die Frage, wie man diese zentrale Funktion aufrechterhalte. Im Jahr 2010 sei das Einzelhandelskonzept verabschiedet worden. Daraus resultiere die restriktive Haltung gegenüber Ansiedlungen außerhalb des Zentrums oder in umliegenden Gemeinden. Landau habe immer seine Position deutlich gemacht, wie zum Beispiel gegenüber Outlet-Centern. Man wolle an der Vorgehensweise festhalten, das Zentrum zu stärken. Rohrbach gehe deutlich über das hinaus, was man noch für verträglich halte. Im Interesse der Innenstadt müsse man unsere Rechtsposition wahren. Es gehe dabei nicht um den Lebensmitteleinzelhandel in Rohrbach oder um den Drogeriemarkt. Es gehe vielmehr um die Dimension von 6000 qm Verkaufsfläche für Textilien. Daher habe man Widerspruch gegen die Baugenehmigung der Kreisverwaltung eingelegt. Man sei hier auch in Abstimmung mit der Stadt Kandel. Der beauftragte Rechtsanwalt werde einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht einreichen, um die Position der Stadt zu wahren. Sollte der Stadtrat dies heute abend so nicht mittragen, wäre dies eine Grundsatzentscheidung hinsichtlich der bisherigen Haltung zum Schutz der Innenstadt. Dies wäre dann aber eine ganz andere Politik als in den letzten Jahren. Insofern komme der Entscheidung eine grundsätzliche Bedeutung zu.

Ratsmitglied Eichhorn sprach von einer komplizierten und difizilen Angelegenheit. Entwicklung von Kommunen dürfe nicht uferlos sein, sondern müsse adäquat sein. Das LEP IV gebe Regelungen für die Kommunen vor. Es gebe ein Konzentrationsgebot für Mittel- und Oberzentren, aber keine Dezentralisierung wie in Rohrbach. Es sei auch nicht verwunderlich, dass auch der Kaufhof und die Firma Jost gegen das Fachmarktzentrum intervenieren wollen. Dass auch die Stadt Kandel mit im Boot sei, zeige dass Landau hier auf dem richtigen Weg sei. In der Abwägung sei der einzige Grund für eine solche Entscheidung der Bestandsschutz für ein Einkaufszentrum. Ein solcher Bestandsschutz sei aber hinsichtlich des Fachmarktzentrums nicht mit dem LEP IV vereinbar. Die CDU-Stadtratsfraktion werde daher der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Vogler erklärte, dass die SPD-Fraktion sehr lange darüber diskutiert und alle Fakten beleuchtet habe. Für eine Entscheidung sei die Vorlage aus ihrer Sicht nicht hinreichend ausgearbeitet. Die Stadt sollte Ideen entwickeln, wie man die Innenstadt attraktiv halten könne. Die SPD-Stadtratsfraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Ratsmitglied Lichtenthäler unterstrich, dass es schwer sei sich ein Bild zu machen. Gleichwohl sei er der Meinung, dass Interessen von Landau berührt seien. Mit der Entscheidung für das Fachmarktzentrum werde das Einzelhandelskonzept Landaus konterkariert. Wenn es klar sei, dass hier gegen den LEP IV verstoßen werde, dann sei es konsequent auch rechtlich dagegen vorzugehen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen. Man sollte sich als Stadt aber auch kritisch hinterfragen, ob man das Einzelhandelskonzept wirklich immer so lebe. Dies sollte man zumindest versuchen.

Ratsmitglied Freiermuth stellte klar, dass Rohrbach hier aus seiner Sicht XXL mache. Dies sei aus der Sicht von Rohrbach auch verständlich, wir aber müssten es anders sehen. Die Stadt Landau halte auch sehr viel für das Umland vor.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass durchaus noch einige Fragen offen seien. Andererseits sehe sie schon, dass ein Handlungszwang bestanden habe. In der Sache geht es in die richtige Richtung. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde allerdings unterschiedlich abstimmen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass es bundesweit einen Wettbewerb der Kommunen gebe, dem man sich Tag für Tag stelle. Für diesen Wettbewerb gebe es Spielregeln. Man mache jetzt nichts



anderes als zu prüfen, ob die Spielregeln eingehalten werden. Natürlich habe man Gespräche mit dem Kreis und der Verbandsgemeinde geführt. Aber die Grenze der Kommunikation sei nun eben auch erreicht.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass er Probleme mit der Sitzungsvorlage habe. Die Halle sei ja bereits vorhanden und soll natürlich auch genutzt werden. Man sollte eine gewisse Konkurrenzsituation durchaus zulassen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es dort eben nicht um Nahversorgung gehe. Nahversorgung wäre kein Thema, dafür brauche man aber keine 6000 qm Verkaufsfläche für Textilien.

Ratsmitglied Dr. Bals bat darum, dass den Ratsmitgliedern der Bericht von Herrn Messemer zur Verfügung gestellt wird.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja,- 1 Nein-Stimme und 13 Enthaltungen:

**zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, dass die Stadtverwaltung weitere Rechtsmittel gegen die Baugenehmigung des Fachmarktzentums in Anspruch nimmt, sofern der eingeschaltete Rechtsanwalt hierfür angemessene Erfolgsaussichten sieht.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen; Ablehnung einer Eigentumsübertragung städtischer Grundstücke an den Bund**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Die ablehnende Haltung des Rates gegen den Ausbau der B 10 sei unbestritten und stehe. Der Stadtrat könne diese Salomitaaktik nicht gutheißen. Dies sei auch der Grund, dass man den BUND beim Klageverfahren unterstützt habe. Es gebe aber auch bereits einen Beschluss aus dem Jahr 2011, dass man die benötigten Grundstücke veräußern werde, wenn der Planfeststellungsbeschluss bestandskräftig sei. Man sollte sich hier nicht auf Scharmützel einlassen, die das Ganze nur um wenige Wochen verzögern. Der Planfeststellungsbeschluss habe eine enteignungsgleiche Vorwirkung.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Der Antrag solle die ablehnende Haltung der Stadt bekräftigen. Es sei wichtig, nochmal ein deutliches Signal zu setzen. Hinzu komme, dass wesentliche Fragen der Vertragsbedingungen noch offen seien.

Ratsmitglied Lerch stellte klar, dass dieser Stadtrat und natürlich auch die CDU-Fraktion gegen den Ausbau der B 10 zu einer vierspurigen Fernstraße auf Landauer Gebiet sei. Man sei jetzt an dem Punkt, dass alle politischen, juristischen und administrativen Möglichkeiten erschöpft sind. Die Wirkung des Antrages, die Grundstücke nicht zu veräußern, sei eher rudimentär. Daher sei die Frage nicht mehr, ob der Ausbau komme, sondern was könne man noch optimieren. Genau darum gehe es mit dem Antrag der CDU-Fraktion. Es sollte ein Vertreter des LBM eingeladen werden, um bei einem Ausbau das Optimale für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt herauszuholen.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass dieser Ausbau falsch und nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt sei. Der Ausbau werde letztlich nicht verkehrsentlastend sein.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass der Rat eine eindeutige Meinung zum Ausbau der B 10 habe. Darüber werde ja hier wohl nicht gestritten. Es gehe um die Frage, ob man sich auf ein unnötiges Verwaltungsprozedere einlasse.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass dieser Antrag nur sinnlos Ressourcen verplembere. Die FWG habe zum Ausbau der B 10 schon immer eine andere Meinung gehabt. Aus seiner Sicht sei die dreispurige B 10 ein Horror. Die FWG-Stadtratsfraktion werde den Antrag ablehnen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen werde. Der Antrag mache Sinn und habe natürlich Symbolcharakter. Sie halte es für wichtig, Kante zu zeigen.

Ratsmitglied Marquardt sah in dem Antrag von SPD und Grünen keinen großen Sinn, da die Sache ja schon ziemlich durch sei. Man sollte die Eigentumsübertragung dennoch zurückstellen und erst den CDU-Antrag beschließen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja,- 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

**Die Stadt Landau lehnt eine Eigentumsübertragung städtischer Grundstücke an den Bund, die zur Verwirklichung des vierspurigen Ausbaus der B 10 auf dem Teilstück „Anschlussstelle Landau Nord“ (A65) – Godramstein benötigt werden, ab.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.1. (öffentlich)**

**Eigentumsübertragung städtischer Grundstücke an den Bund für den vierspurigen Ausbau der B 10 auf dem Teilstück „Anschlussstelle Landau Nord“ (A 65) – Godramstein**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Hauptamtes vom 26. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 6 verwiesen.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.2. (öffentlich)

**Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Einladung eines Berichterstatters des LBM in die nächste Sitzung des Bauausschusses zum geplanten Ausbau der B 10**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 23. Januar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 6 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den Landesbetrieb Mobilität (LBM), als die für den geplanten Ausbau der B 10 zuständige Landesbehörde, zu einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses einzuladen, um die Planungen für den vorgesehenen Ausbaubereich LD-Nord/Godramstein vorzustellen. Hierbei soll auch konkret auf die vom Landauer Stadtrat in seiner Resolution vom 16. April 2013 geforderten Maßnahmen eingegangen werden. Diese sind u.a.**

- **einen über die gesetzlichen Vorgaben erhöhten Lärmschutz**
- **die Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung**
- **die Umleitung des europäischen Transitgüterverkehrs und ein Transitverbot für den Schwerlastverkehr.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Sachstandsbericht Obdachlosigkeit in Landau - Notunterkünfte und Hilfe für Betroffene**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19. Januar 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schowalter begründete den Antrag. Der Antrag sei die Bitte, Fakten zu liefern. Es gehe um die Frage, ob es Menschen gebe, die sich bei der Stadt melden wegen Obdachlosigkeit. Wenn ja, wer seien diese Menschen und in welcher Altersstruktur? Wie helfe man diesen Menschen?

Der Vorsitzende erklärte, dass die Verwaltung einen Bericht erstellen und diesen dem Stadtrat zukommen lassen werde.

Ratsmitglied Maroc bat darum, den Bericht um den Zustand der Obdachlosenunterkunft in der Rheinstraße 32 zu ergänzen.

Der Stadtrat nahm den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnis.

**Die Verwaltung wird einen schriftlichen Bericht erarbeiten.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2011**

*Der Vorsitzende war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.*

Den Vorsitz übernahm das älteste Ratsmitglied, Günter Scharhag.

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio erläuterte als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses die Vorlage. Erneut sei die gesetzliche Frist für die Vorlage des Jahresabschlusses nicht eingehalten worden. Die Gründe für die verspätete Vorlage seien hinreichend bekannt. Der Ausschuss habe die verspätete Vorlage pflichtgemäß gerügt. Mittlerweile habe die Kämmerereiabteilung aber aufgeholt, so dass man wohl im Jahre 2018 mit den Jahresabschlüssen auf dem Laufenden sei. Sehr positiv sei, dass der Fehlbetrag im Haushaltsjahr 2011 um 16,3 Millionen Euro geringer ausfalle als in der Haushaltsplanung. Beanstandungen seitens des Rechnungsprüfungsausschusses gebe es keine, so dass man die Entlastung des Stadtvorstandes empfehle.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2011 sowie**
- b. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2011.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

### Bericht der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung

Herr Niedermeier berichtete über die Arbeit der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung. Mit der Stabsstelle Informationstechnologie habe man eine Führungsrolle im Vergleich zu anderen Städten. Die Ziele der Stabsstelle Informationstechnologie seien Datensicherheit und Datenkorrektheit. Ein erster Punkt sei der Umzug der DV-Abteilung gewesen, genauso seien neue Software und neue Applikationen überprüft worden. Die heute zu verabschiedende Leitlinie sei die Basis für die Umsetzung der Informationssicherheit. Sie sei der erste Punkt des Prozessweges nach ISIS 12. Nach diesen 12 Schritten habe man die Möglichkeit, sich zertifizieren zu lassen. Diesen Prozess wolle man nun vorantreiben und in den nächsten Monaten auch das IT-Sicherheitsteam aufbauen.

Im Bereich der Bürgerbeteiligung sei man auf einem guten Weg. Der Beteiligungsrat sei mittlerweile initiiert und habe bereits zweimal getagt. Er wolle nochmal klar stellen, dass der Beteiligungsrat Ziel und Maß der Bürgerbeteiligung berate und nicht für inhaltliche Bürgerbeteiligung zuständig sei.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Bei der Erarbeitung der Leitlinie zur Bürgerbeteiligung habe man gezielt festgelegt, dass die Aufgabe des Beteiligungsrates die Steuerung des Verfahrens sei. Die Frage sei, was man tun könne damit die Regeln eingehalten werden.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass es ausdrücklicher Wunsch aller Beteiligten gewesen sei, dass der Beteiligungsrat nicht politisch benutzt wird. Er rate hier auch seitens der Ratsmitglieder zu deutlich mehr Zurückhaltung.

Ratsmitglied Baum-Baur hielt die Leitlinie zur Bürgerbeteiligung für hilfreich. In Sachen IT-Sicherheit stelle sich für sie die Frage, ob die Herausforderungen an die Sicherheit mittlerweile größer seien als in den letzten Jahren. Wichtig sei, dass man gemeinsam diesen Weg gehe.

Ratsmitglied Follenius-Büssow war der Meinung, dass der Beginn im Beteiligungsrat durchaus ein produktiver Prozess gewesen sei. Man müsse manche Beiträge auch aushalten. Sie sei sicher, dass es sich einspielen werde, dass man verstehe, dass es ein Regelungsgremium sei und es nicht um Inhalte gehe.

Ratsmitglied Freiermuth regte an, bei der Zertifizierung nach ISIS-12 auch die Schulen einzubinden.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass der Beteiligungsrat in einem Lernprozess sei. Man sollte bei verschiedenen Äußerungen auch etwas toleranter sein. Der Anfang aber sei gemacht.

Ratsmitglied Wagner begrüßte es, dass die Zertifizierung nach ISIS-12 angegangen werde. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage entsprechend zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Bals appellierte an den Stadtrat, sich im Beteiligungsrat zurückzuhalten.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9.1. (öffentlich)**

**Leitlinie zur Sicherheit in der Informationstechnik (IT-Sicherheit) bei der Stadt Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung vom 16. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 9 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der beigefügten Leitlinie und dem geplanten Verfahrensweg nach ISIS-12 zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Neuwahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 16. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt Herrn Vermessungsdirektor Klaus Theuer zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses und Herrn Obervermessungsrat Udo Baumann zum stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Kostenbeteiligung der Verbandsgemeinde Offenbach bei der Erweiterung der  
Grundschule Dammheim**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 25. November 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier fand es ein schönes Zeichen, dass die Grundschule erweitert werde. Es sei dies auch ein gutes Beispiel für eine sinnvolle interkommunale Zusammenarbeit.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den beigefügten 1. Nachtrag zur Vereinbarung über die Kostenbeteiligung an den  
Modernisierungskosten der Grundschule Landau-Dammheim vom 30.10.2006/03.11.2006.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd"; Stand der Grundstücksvermarktung und weitere Vermarktungsstrategie für den "Wohnpark Am Ebenberg" unter Berücksichtigung von gefördertem sozialem Wohnungsbau bei den künftigen Vermarktungstranchen**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 23. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Im Jahr 1 nach der Landesgartenschau habe sich schon unheimlich viel getan. Insgesamt 33 Projekte seien mittlerweile verwirklicht. Die Vermarktungstranche 2016 sei im Moment in der Vergabe. Bei den Vermarktungen 2017 werde auch die Panzerhalle dabei sein. Bis 2020 wolle man dann alle Grundstücke am Markt haben. Zum Nahversorger laufe derzeit noch das Bewerbungsverfahren. Das Baufeld 22 a sei reserviert für ein Engagement der noch zu gründenden Wohnungsbaugesellschaft.

Ratsmitglied Hartmann erinnerte an den Antrag seiner Fraktion vom Juni 2016, 30 % der bestehenden Wohnungen auf den verbliebenen Flächen als sozialen Wohnungsbau auszuweisen. Dieser Antrag sei noch immer nicht abgearbeitet.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Antrag explizit in dieser Vorlage abgearbeitet sei.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Bestätigung einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters**

Der Vorsitzende verwies auf seine Eilentscheidung vom 19. Dezember 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

**Der Stadtrat stimmte der Eilentscheidung einstimmig zu.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende teilte mit, dass mittlerweile die Genehmigung des Haushaltes 2017 bei der Verwaltung eingetroffen sei.

Der Vorsitzende teilte weiter mit, dass es mittlerweile eine schriftliche Anweisung gebe zur Einführung der Krankenversicherungskarte für Asylbewerber ab dem 15. Aufenthaltsmonat in Deutschland. Dies werde die Verwaltung sehr viel Geld kosten. Man gehe von deutlich über 50.000 Euro Mehrkosten aus. Er nehme für sich in Anspruch, dass man der Stadt dadurch sehr viel Geld gespart habe, dass man sich lange dagegen gewehrt habe. Künftig müsse man pro Berechtigtem 50 Euro pro Monat plus 5 % der tatsächlichen Aufwendungen zahlen. Hinzu komme die Möglichkeit des Missbrauchs dieser Karte.

Ratsmitglied Schwarz Müller entgegnete, dass es nur wenige sein werden, die rechtsmissbräuchlich handeln.

Ratsmitglied Lichtenthaler erklärte, dass dies durchaus ein schwieriger Komplex sei. Es gebe eine klare gesetzliche Regelung und keine Wahlmöglichkeit. Ob das sinnvoll sei oder nicht, sei ja nicht das Thema.

Ratsmitglied Dr. Blinn zeigte sich entsetzt, dass der Oberbürgermeister sich rühme auf Kosten der Asylbewerber 50.000 Euro einzusparen.

Der Vorsitzende widersprach dieser Darstellung. Er müsse sich nicht vorhalten lassen, etwas auf dem Rücken von Menschen auszutragen. Weder als Mensch noch als Verwaltungschef müsse er sich irgendetwas vorwerfen lassen.

Der Vorsitzende berichtete, dass durch den Fassadenschmierer derzeit 80 Verkehrsschilder beklebt seien. Da diese sich nicht säubern lassen, müsse man sie austauschen. Hierfür würden reine Materialkosten von 15.000 Euro anfallen.

Ratsmitglied Vogler wollte wissen, warum die Stadt in diesem Jahr am 10. März die Flagge für Tibet nicht hissen werde.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man im letzten Jahr den Hinweis bekommen habe, dass es uns nicht zustehe außenpolitische Akzente zu setzen. Man habe Botschafterschreiben erhalten und auch einen deutlichen Hinweis des Städtetages. Der Stadtvorstand habe beschlossen, dass das Rathaus nur noch an offiziellen Anlässen beflaggt werde.

Ratsmitglied Hartmann kündigte an, dass man zur Beflaggung von Tibet einen entsprechenden Antrag stellen werde.

Er bitte aber noch um Erläuterung, welche Kritikpunkte die SGD Süd hinsichtlich der Größe des Neubaugebietes in Mörzheim habe.

Der Vorsitzende erläuterte, dass die Hinweise der Aufsichtsbehörde punktuell gewesen seien. Im Wesentlichen sei die SGD Süd aber mit der Stadt einer Meinung.

Die Niederschrift über die 25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 31.01.2017 umfasst 23 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 121.





Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter